# Sicherheitspakt, Entwaffnung usw.

Nach Ueberreichung der Entwaffnungsnote, die voraussichtlich weitere langwierige Verhandlungen im Gefolge haben wird, steht die Absendung einer anderen Note nach Berlin bevor, nämlich der Antwort auf die seinerzeit von Deutschland gestellten Vorschläge über einen Sicherheitspakt. Auch diese Note macht den Alliierten außerordentlich viel zu schaffen und die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in dieser Frage sind trotz langer Hin- und Herberatung noch immer nicht behoben. Doch soll nun endlich eine Einigung erzielt werden, Briand und Chamberlain haben sich zu diesem Zwecke nach Genf begeben und man darf gespannt sein, wie das Kompromiß ausfallen wird, das sie zusammen dort vereinbaren werden.

Ueber diese Besprechungen wird uns heute aus London folgendes gemeldet: Der Observer schreibt zu der Reise Chamberlains nach Genf, daß das Hauptgewicht der Genfer Tagung bei den Aussprachen zwischen Chamberlain und Briand über den Sicherheitspakt liegen werde. Man erwarte, daß sich zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt vermitteln lassen werde. Wenn Frankreich die deutschen Vorschläge abgelehnt hätte, so würde es in der ganzen Welt als Störenfried betrachtet werden. Die Streitfrage sei auf einen einzigen Punkt reduziert worden, nämlich den Wunsch Briands, daß in den Sicherheitspakt ein Satz aufgenommen wird, der **den französischen Truppen die Möglichkeit gibt, im Falle eines deutsch-polnischen Krieges durch das Rheinland zu marschieren, ohne erst die Billigung des Völkerbundes abzuwarten.** Da weder die englische noch die deutsche Regierung ein solches Abkommen mit ihrer klar umschriebenen Politik vereinigen könnten, hofft man in London, daß Briand sich in dieser Woche entschließen werde, auch das letzte Hindernis zu beseitigen und endgültig den Versuch aufgeben werde, die Ostfrage und die Westfrage miteinander zu verbinden. Sollte Briand den Mut dazu aufbringen, so werde für die deutsche öffentliche Meinung dringend notwendig, an den ursprünglichen deutschen Vorschlägen festzuhalten. Alle, die die Verwirklichung des Paktes nicht wünschen, setzen ihre ganze Hoffnung darauf, daß sich Deutschland in dem Augenblick ins Unrecht setzen wird, in dem sich Frankreich entrechtete. Das könnte aus der Erbitterung wegen der Entwaffnungsnote der Alliierten und auch aus anderen Gründen der Fall sein. In diesem Zusammenhang sei es für die deutsche öffentliche Meinung wichtig, anzuerkennen, **daß von Deutschland durchaus nicht erwartet wird, daß es alle Entwaffnungsforderungen der alliierten Regierungen erfüllt haben muß, ehe es in den Völkerbund aufgenommen wird. Es sei nicht wegzuleugnen, daß die Räumung Kölns versprochen wird, sobald die Verletzungen des Friedensvertrages beseitigt worden sind.** Aber in London sei man der Meinung, daß Deutschland bis zum September alles tut, was vernünftiger Weise auszuführen möglich ist. Werde Deutschland in diesem Herbst nicht Mitglied des Völkerbundes, so sei der gesamte Prozeß der Befriedung Europas um 12 Monate verzögert worden, denn es sei allgemein bekannt, daß der westeuropäische Sicherheitspakt nicht unterzeichnet werden könne, ehe Deutschland nicht dem Völkerbund beigetreten ist.

**Die erste Zusammenkunft Briand-Chamberlain.**

(Eigener Funkspruch der „Radeberger Zeitung".)

Genf, 8. Juni. Außenminister Briand hat gestern die französischen Delegierten empfangen und Paul-Boncour den Dank der französischen Regierung über die in Genf während der Verhandlungen der Waffenhandelskonferenz geleisteten Verdienste ausgedrückt. Die beiden Begleiter des Außenministers, Massigli und Lerchy, sind heute früh in Genf eingetroffen. Der französische und der britische Außenminister haben in strengster Intimität in Vers oix am Ufer des Genfer Sees zu Mittag gespeist. Zugegen waren Lord Onslow, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und Führer der britischen Delegation bei den Waffenverhandlungen, und die beiden französischen Delegierten Paul-Boncour und Graf Clauzel. Nach dem Essen zogen sich Chamberlain und Briand in den Park zurück, wo sie eine längere Aussprache über die auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates stehenden Fragen hatten.

**Für eine baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.**

Paris, den 8. Juni 1925. Der „Matin" meldet aus Genf, Briand und Chamberlain seien sich gestern schlüssig geworden, daß Deutschland im September in den Völkerbund aufgenommen werden soll, selbst wenn es bis dahin die Abrüstungsklausel nicht erfüllt, da die Alliierten den Standpunkt vertreten, daß die Besetzung vor Köln keine Sanktion sei.

*

## Nach Ueberreichung der Entwaffnungsnote.

Die informatorische Aussprache, die am Sonnabend zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern über die alliierte Entwaffnungsnote stattfand, führte zu dem wichtigen Ergebnis, daß die Regierungsparteien von den Entschlüssen der Reichsregierung ständig unterrichtet werden und gleichzeitig Gelegenheit erhalten, auf die Entscheidungen maßgebenden Einfluß auszuüben. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler Dr. Luther den Parteiführern erklärt, daß die Reichsregierung gegenwärtig noch nicht in der Lage sei, eine erschöpfende Stellungnahme zu den alliierten Forderungen bekannt zu geben. Es ist daher unter Umständen damit zu rechnen, daß der für Mittwoch angekündigte Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages verschoben werden muß. Im übrigen soll die Besprechung zwischen dem Kanzler und den Parteien einen sehr bewegten Verlauf genommen haben, da namentlich die deutschnationalen Vertreter auf baldige Bekanntgabe des Regierungsstandpunktes drängten.

**Diplomatische Aktionen der Reichsregierung.**

Wie wir erfahren, sind die deutschen Botschafter in London und Paris angewiesen worden, bei der englischen und der französischen Regierung eine Reihe von Erläuterungen zu der Entwaffnungsnote einzuholen und die etwa vorhandenen Diskussionsmöglichkeiten mit den Alliierten nachzuprüfen. Diese diplomatischen Aktionen werden namentlich nach den Genfer Besprechungen zwischen dem englischen Außenminister Chamberlain und dem französischen Minister Briand in ein entscheidendes Stadium eintreten. Im übrigen wird die Reichsregierung die alliierten Außenminister wissen lassen, daß man deutscherseits eine sehr genaue Nachprüfung des Memorandums in der Entwaffnungsfrage für notwendig hält, ehe eine endgültige Stellungnahme über Annahme oder Ablehnung der Forderungen erfolgen könne.

**Das Ausland über die Note.**

Die Züricher Post weist in Besprechungen der Note der Botschafterkonferenz an Deutschland auf den Gegensatz zwischen Deutschland, das vollständig entmilitarisiert werden soll, und den Alliierten hin, die zu gleicher Zeit überall mit allen verfügbaren Mitteln ihre Rüstungen fortsetzen. Das ist, sagt das Blatt, ein grotesker Zustand, der die jetzt üppig blühende Weltheuchelei in schärfster Art bloßlegt. Dieser Zustand muß von den Deutschen um so tiefer empfunden werden, als der Versailler Vertrag auch den Alliierten die Verpflichtung zur Abrüstung auferlegt.

Manchester Guardian schreibt zur Note der Alliierten: Der gesunde Menschenverstand hätte die Alliierten veranlassen müssen, keine Bomben in die friedlichen Verhandlungen über die Sicherheitspakte zu schleudern.

Bemerkenswert ist, daß es sogar im konservativen Evening Standard heißt, die alliierte Note werde mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. Wenn es auch äußerst ärgerlich sei, daß die Bestimmungen, denen Deutschland in Versailles zugestimmt habe, nicht voll ausgeführt worden seien, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß die Lage sich seit der Unterzeichnung des Vertrages radikal geändert habe, und daß die Verzögerung in der Zurückziehung der alliierten Besetzungstruppen sehr bedauerlich sei.

**Was Frankreich wünscht.**

**New York,** den 8. Juni 1925. Die „World" ergeht sich als einzige Zeitung über die Entwaffnungsnote in schärfsten Worten gegen Frankreich, indem sie erklärt, die Note wünscht, Deutschland müsse so schwach bleiben, daß es seine Grenzen nicht schützen könne, daß es lediglich eine Brücke zwischen Frankreich und der Kleinen Entente bilde, daß es nicht mehr sei als Aegypten und Marokko. Der Sicherheitspakt sei dadurch zu einer Farse geworden.

## Die Wirtschaftswünsche der Arbeitgeber.

Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", behandelte am 30. Mai eine angeblich geheime Denkschrift, welche das Spitzenorgan der Arbeitgeber, die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände", an den Reichskanzler gerichtet hat. In dieser Denkschrift wird die überaus schwierige Lage der deutschen Wirtschaft geschildert und mit Ziffern belegt. Während der ganzen Nachkriegszeit hat das deutsche Volk mehr verzehrt als es erzeugt hat. Selbst wenn eine Besserung einträte, würde sie durch das Ansteigen der Reparationsverpflichtungen mehr als wettgemacht werden. Es könnte auf den ersten Blick scheinen, daß hier eine Interessentenorganisation schwarz malt, um Regierung und Parlament ihren Wünschen geneigt zu machen. Wahrscheinlich hätte dann die erwähnte Kritik im „Vorwärts" nicht eine solche Schärfe angenommen. Bestimmt aber hätte sich der Vorwärtsredakteur die Aufgabe nicht so leicht gemacht. Er sucht aus dem Wortlaut der Denkschrift die sozialpolitische Verständnislosigkeit der Klassengegner und außerdem eine persönliche Verunglimpfung der Gewerkschaften zu beweisen. Er gibt sich nicht die geringste Mühe, das Tatsachenmaterial der Denkschrift zu widerlegen und seinerseits Vorschläge zu machen, wie der unbestreitbare Verfall der deutschen Wirtschaft aufgehalten werden kann. Hätten nicht seinerzeit die Gewerkschaften aus Angst vor den Radikalinskis die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerschlagen, so wäre es heute nicht notwendig, die zweifellos wertvollen Beurteilungen und Anregungen der Denkschrift aus dem Wust der Entstellungen herauszuarbeiten, der von den politischen und sozialen Gegnern der Arbeitgeberschaft darüber getürmt worden ist.

Der Inhalt der Denkschrift ist kurz folgender: Die heutige deutsche Wirtschaft arbeitet unter ungünstigeren Bedingungen als vor dem Kriege und außerdem unter ungünstigeren Bedingungen als andere Länder. Das wird niemand in Deutschland bestreiten können, der die Folgen des Versailler Vertrages, der Ruhrokkupation und der Reparationsbelastung kennt. Die deutsche Wirtschaft erzielt höchstens 70 Prozent der Erträge der Vorkriegszeit. Davon gehen noch die Tribute ab, die uns durch die Londoner Abmachungen auferlegt worden sind. Trotz dieser Entwicklung haben sich die Löhne und damit die Einkommensverhältnisse in zahlreichen Arbeitnehmergruppen fast bis auf den Vorkriegsstand gehoben. Eine weitere Steigerung muß zu einer Verschärfung des wirtschaftlichen Defizits und damit zur Unterhöhlung unseres Wirtschaftsgebäudes führen. Der Hauptgrund für die gesunkene Exportfähigkeit der deutschen Waren ist das Ansteigen der Produktionskosten. Durch Verstärkung der Arbeitsleistung kann dies Mißverhältnis beseitigt oder doch abgeschwächt werden. Selbstverständlich will die deutsche Arbeitgeberschaft auch jede sich bietende Möglichkeit benutzen, um den Produktionsapparat zu vervollkommnen. Hier ziehen jedoch die stockende inländische Kapitalbildung und die geringe Neigung ausländischer Geldgeber zu Investitionen in Deutschland recht enge Grenzen. Wenn die sozialistischen Kritiker der Arbeitgeberwünsche ein ganz gutes Gewissen hätten, würden sie nicht den Versuch machen, die soziale Ethik ihrer Gegner anzugreifen und ihnen das Bestreben unterzuschieben, der Reichsregierung ihren Willen aufzuzwingen. Es wird in der Tat nicht möglich sein, die Anregungen der Arbeitgeberschaft etwa in einer Diskussion zwischen den Vertretern der Regierung und der Arbeitgeberschaft zu behandeln. Voraussetzung dafür, daß auch Arbeitnehmervertreter hinzugezogen werden, ist jedoch, daß sie sich zu einer nüchternen und sachlichen Behandlung der Fragen bereit erklären und auf jede soziale Verhetzung verzichten.

## Deutscher Mieterbund in Dresden.

Im Rahmen seiner Bundesausschußsitzung veranstaltete der Bund Deutscher Mietervereine am Sonnabend und Sonntag einen Führerkursus, zu dem zahlreiche Vertreter der Mietervereine aus ganz Deutschland erschienen waren. In einer Sitzung des Bundesausschusses wurde das Ergebnis der Beratungen in folgender Entschließung niedergelegt: Die Unzulänglichkeit der jetzigen Regelung der deutschen Wohnungswirtschaft und der Mangel jeden Systems für den Wohnungsbau treten täglich erschreckender in Erscheinung. Obwohl der Reichstag in seiner Sitzung vom 18. März 1925 von der Reichsregierung die Vorlegung neuer Gesetzentwürfe für die Wohnungswirtschaft bis zum 30. April gefordert hatte, hat die Reichsregierung bis heute noch nichts unternommen. Die deutsche Mieterschaft erhebt gegen dieses Verfahren entschiedensten Einspruch. Sie erwartet vom Reichstag, daß er durch nachdrückliches Einwirken auf die Reichsregierung diese zum Heraustreten aus ihrer verhängnisvollen Zurückhaltung veranlaßt. Mit der Regelung durch Einzelgesetze und Notverordnungen muß endlich gebrochen werden. Die Wohnungsfrage als wichtigste soziale Frage verlangt eine einheitliche Neuregelung von Grund auf. Die Mieterschaft fordert:

1. Aufrechterhaltung des Reichsmietengesetzes in seinem Grundgedanken, Ersatz der Grundmiete durch die aufgewertete Hausrente bei Gleichstellung des Hausbesitzes mit den Hypothekengläubigern hinsichtlich der Höhe der Aufwertung, Aufwertung auch für alle getilgten Hypotheken ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Rückzahlung, öffentlich rechtliche Unterhaltungspflicht der Vermieter, Buchführungs- und Nachweisungspflicht für Betriebe und Unterhaltungskosten.

2. Beseitigung der Hauszinssteuer, Ersatz derselben: a) für den Wohnungsbau durch eine Wohnungsbauabgabe in ausreichender Höhe, b) für den allgemeinen Finanzbedarf durch eine Grundwertsteuer nach anhaltinischem Muster.

3. Unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, Ausdehnung desselben auf Pachtverhältnisse, bei denen die Hausnutzung das wesentliche ist (Fleischerei, Bäckerei, Gastwirtschaft und ähnliche gewerbliche Betriebe) Recht auf Ersatzraum auch für den Werkwohnungsinhaber.

4. Einheitliche Grundsätze für die Vergebung der Baubeihilfedarlehen von Reich- und Länderwegen, grundsätzliche zinslose Eingabe der Darlehen mit geringem Belegungssatz, Belegung mit mindestens 80 Prozent der Gestehungskosten, dringliche Sicherungen gegen spekulative Ausnützung, stärkste Heranziehung der gemeinnützigen Bauvereinigungen als Träger des Neubaues.

## Hausbesitzertagung.

Im Rahmen seiner Jahreshauptversammlung in Hohenstein-Ernstthal veranstaltete der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine, Sitz Dresden, am Sonntag vormittag dort eine öffentliche Tagung des sächsischen Hausbesitzes. Ueber Aufwertung und Hausbesitz sprach der Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Dr. Johannes Wunderlich (Leipzig). Das von den Parteien am 14. Mai 1925 abgeschlossene Aufwertungskompromiß suche eine mittlere Linie zwischen den widerstrebenden Interessen der Gläubiger und Schuldner innezuhalten und bilde die zurzeit einzig mögliche Grundlage, das Aufwertungsproblem rasch und endgültig zu lösen.

Beseitigung der Wohnungsnot und Gestaltung der neuen Wohnungsgesetzgebung war der Vortragsgegenstand des Reichstagsabgeordneten Oberpostsekretärs Ernst Lucke (Chemnitz), der etwa folgendes erklärte: Die Wohnungszwangswirtschaft verschärft und verlängert die Wohnungsnot. Sie muß deshalb abgebaut und beseitigt werden. Zu fordern sind Vertragsfreiheit mit dem Mieter, reichsgesetzliche Festsetzung einer den Belastungen und Preisverhältnisse entsprechenden Mindestmiete, freie Verfügung des Hauseigentümers über das Haus, während des Ueberganges zur freien Wirtschaft Einspruchsrecht des Mieters beim Amtsgericht und Verweigerung jeden Mieterschutzes an böswillige oder zahlungsunwillige Mieter.

Dann hielt Landtagsabgeordneter Staatsminister a. D. Günther (Plauen) einen Vortrag über Wohnungsbau und Mietzinssteuer im Sächsischen Landtage. Er erklärte: Eine schnelle Beseitigung des Wohnungsmangels ist nur durch eine allgemeine Wiederbelebung der Privatbauwirtschaft zu erreichen. Den Bestrebungen die Privatbauwirtschaft zugunsten einer einseitigen sozialisierenden Gemeinwirtschaft zu unterdrücken, muß durch die Gesetzgebung ein Ende gemacht werden. Die Gesetzgebung hat in klarer, eindeutiger Weise dafür zu sorgen, daß bei Bereitstellung von Realkrediten für den Wohnungsneubau aus den Erträgnissen der Mietzinssteuer der Privatbauunternehmer nicht ungünstiger als die genossenschaftlichen Unternehmungen gestellt wird. Es darf also — wie auch sonst bei der Verwendung öffentlicher Gelder — keinerlei Bevorzugung stattfinden. Die den Hausbesitz aufs höchste belastende unsoziale Mietzinssteuer ist sobald wie möglich zu beseitigen.